

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 49 (1969-1970)  
**Heft:** 4: Schriftsteller und Politik

**Artikel:** Demokratie ist schwierig  
**Autor:** Meier, Herbert  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-162287>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

öffentlich, er hat in Reden und Diskussionen seinen politischen Gedanken und Überzeugungen Ausdruck gegeben. Sein Beitrag «Demokratie ist schwierig», der für dieses Heft geschrieben wurde, steht in dieser Reihe. *Hans Boesch*, bekannt vor allem durch seine Romane «Das Gerüst» und «Die Fliegenfalle», ist als Tiefbautechniker Verkehrsplaner auf der kantonalen Baudirektion in Aarau: ein Spezialist also, wenn man will, der die Funktionen des modernen Staates von innen kennt, auch seine Schwierigkeiten und Schwächen. Dem Aufsatz von Hans Boesch liegt ein Vortrag zugrunde, den er vor der Staatsbürger-Vereinigung Baden gehalten hat. Der Erziehungsdirektor des Kantons Solothurn, Regierungsrat *Alfred Wyser*, äusserte vor Jahresfrist an der Generalversammlung des Schweizerischen Schriftstellervereins in Solothurn Gedanken, die als Ausgangspunkt für seinen Beitrag zu diesem Heft gelten dürfen. Keiner der drei Autoren dieses Teils hat die Beiträge der andern gekannt. Wir möchten dennoch hoffen, dass sie als Ansatz eines Gesprächs verstanden werden.

Eine Sammlung von Zitaten, die Ansichten und Feststellungen vermitteln soll, leitet über zu den mehr betrachtenden und wissenschaftlichen Studien zu unserem Thema. *Peter Brang* schreibt über «Die Rechte und Pflichten der russischen Dichter» und geht dabei besonders auch auf die neusten Verhältnisse ein. *Alfred Behrmann* und *Norbert Kohlhase* fragen: «Kann das Theater die Gesellschaft verändern?» und nehmen damit Stellung zu einem gerade in jüngster Zeit viel diskutierten Streitpunkt. *Joseph Jurt* schliesst den Kreis mit einem Beitrag aus dem Bereich der französischen Literatur: «Georges Bernanos – literarische oder politische Berufung?»

## Demokratie ist schwierig

HERBERT MEIER

1

Demokratie ist schwierig.

Das Stimmen und Wählen ist zwar einfach, möchte man meinen. Das eine braucht ein einziges Wort, ein Ja oder ein Nein, und das schreibt sich bald einmal. Das andere verlangt im Grunde gar nichts. Nur das Einwerfen

einer Liste mit Namen. Die Namen sind vorgedruckt, sie bezeichnen Parteimitglieder. Für Parteilose sind leere Listen vorgesehen. Auf solche Listen darf man auch Namen aus den Parteilisten einschreiben.

Das nennt man panaschieren.

Das Wort bedeutet: etwas mit bunten Streifen bemalen. Panaschee ist ein mehrfarbiges Ei.

Mehrfarbiges, Geschecktes sieht man in der Politik nicht gern. Man will, dass einer Farbe bekennt. Farbe bekennen heisst wiederum: eine grüne, rote oder schwarze oder himmelblaue Liste einwerfen, so wie sie ist, ohne handschriftliche Eingriffe ins Vorgedruckte.

Eigentlich möchte ich solche wählen, die ich kenne; und ich hätte die Freiheit, es zu tun. Aber meine Freiheit ist unwirksam. Von den Leuten, die ich kenne, sind die meisten parteilos. Wenn ich ihre Namen auf die leere Liste setze, weiss ich beim Schreiben schon: sie werden nicht gewählt. Die Handschriftlichen kommen nicht an; an kommen die Vorgedruckten, von denen ich nur wenige kenne. Den einen oder andern vom Fernsehen vielleicht, aus der Zeitung, vom Hörensagen. Ihre Gesichter stehen auf Plakaten, aber ich bin kein Hellseher. Ich kann Gesichter nicht durchschauen, wenn sie stumm bleiben.

Wer nicht in Parteien verkehrt, kennt die Leute nicht näher. Ihre Namen bleiben für ihn anonym. Wer einer Partei zugehört, kennt die Leute. Er panaschiert nicht. Er bekennt Farbe und wirft ihm bekannte Namen ein, im Namen seiner Partei.

Ich stelle mir vor, in Kiew wählt man ähnlich wie in Zürich. Man wirft eine vorgedruckte Liste ein, oder falls man Namen einschreibt, sind es vorgeschriebene Namen. Was in Zürich indessen anders ist. Hier hat man nicht nur eine Liste, sondern mehrere, wie wir auch mehrere Parteien haben und nicht nur eine. Aber Vorgedrucktes gibt es hier wie dort (nur sind in Kiew Papierkörbe für Wahlzettel verboten). Und also wird im Grunde vorgewählt und nicht gewählt. Parteilose werden in Zürich selten, in Kiew nie gewählt. In Kiew hat man keine Wahl, in Zürich eine Wahl unter Listen. Das sind so Unterschiede zwischen Ost und West.

2

Da liegt ein zerknüllter Wahlzettel auf meinem Tisch. Ich habe ihn gestern in den Papierkorb geworfen und heute wieder hervorgeholt, um mir klar zu werden, warum ich ihn in den Papierkorb und nicht in die Urne warf. Er enthält 104 Namen. Mitglieder einer Schulpflege. Ich kenne keinen einzigen der angeführten Namen.

Anonymen soll ich also meine Stimme geben. Anonym sind sie für mich, ich weiss. Aber wie soll ich es ändern? Mich ans Telefon hängen und mit ihnen Gespräche führen, um zu erfahren, wie sie denken und so? Ich dürfe welche durchstreichen und an ihrer Stelle handschriftlich andere Namen einsetzen, steht auf der Rückseite des Zettels vermerkt. Andere Namen, das würde für mich bedeuten: Leute, die ich kenne. Zum Beispiel Franz O., von dem ich weiss, dass er sich mit Fragen der Erziehung befasst und eigene Gedanken hat. Franz O. hat indessen keine Chance, auch wenn fünfzig weitere wie ich seinen Namen einsetzen würden. Er ist nicht vorgesehen, weil nicht unter den Vordruckten. Und wenn ich ihn nun doch einsetzen wollte? Dann müsste ich einen der Vordruckten durchstreichen, aber welchen? Jeder kann der Falsche und jeder der Richtige sein, da ich keinen kenne. Wenn ich also keinem Unrecht tun will, darf ich auch keinen streichen. Oder ich müsste einen Bekannten anrufen, in Zürich 9 zum Beispiel, und ihn fragen, ob er einen Polizeibeamten, namens A. P., in seinem Stadtkreis kenne. Und wenn nun mein Bekannter sagen muss, er kenne den Polizeibeamten nur dem Namen nach? Aber nehmen wir an, er kenne ihn vom Sehen und die beiden würden sich am Morgen, am Mittag und am Abend auf der Strasse grüssen, was für eine Auskunft könnte er mir dann geben? Vielleicht diese: Der Polizeibeamte ist ein freundlicher Mann.

Soll ich ihn nun durchstreichen? Einen freundlichen Mann streicht man nicht durch. Aber mancher ist freundlich und gäbe doch keinen guten Schulpfleger ab. Die Auskunft freundlich reicht nicht für ein Urteil. Und wählen heisst doch urteilen, unterscheiden.

Auch die Berufsangabe lässt nicht gleich ein Urteil zu, bestenfalls ein Vorurteil. Zum Beispiel dieses: Ein Polizeibeamter denkt kasernenhaft. Auch Schulen sind für ihn Kasernen, Zuchtanstalten. Für mich aber nicht. Also gehören in die Schulpflege keine Polizisten. Ich streiche A. P. durch. Und wenn er nun dem Bild, das ich mir mache, nicht entspricht? Wenn er ein Mann mit Einsichten wäre, die ihn zum Schulpfleger geradezu prädestinieren?

Ich möchte vorurteilslos wählen. Wie kann ich das? Es bleibt nur das: Ich muss an die Liste glauben und denen Vertrauen schenken, die sie aufgestellt haben. So würde alles einfach. Doch die Listenmacher kenne ich ebenfalls nicht. Wie soll ich ihnen also Vertrauen schenken können?

Nun. Ich kann mir sagen: Sie werden es schon recht gemacht haben, und den gedruckten Zettel ohne weiteres Hin und Her und Wenn und Aber in die Urne werfen. So erfülle ich meine Pflicht. Gewählt wird ohnehin, was gedruckt steht. Oder ich zerknülle die Liste und werfe sie in den Papierkorb. Dann versäume ich meine Pflicht. Und gewählt wird ohne mich, was gedruckt steht.

Nun wird aber zur Urne gegangen.

Ich frage mich: Wie machen die Urnengänger das? Wie machen sie, was mir so schwer fällt, wenn nicht gar unmöglich wird? Wie kommen sie durch, wo ich nicht durchkomme? Ihren Gesichtern nach, die ernst und überzeugt sind, wissen sie, wie es anzustellen ist. Und offenbar bestellen sie die richtige Schulpflege.

Demokratie ist einfach. Man geht zur Urne und wirft einen Zettel mit Namen ein.

3

Demokratie wird einfach, wenn man Parteimitglied ist. Das ist so in Kiew wie in Zürich. Man schreibt sich ein, bezahlt den Beitrag und ist drinnen. In Kiew, weil einem nichts anderes bleibt, in Zürich hingegen aus freien Stücken. Aber hier wie dort unterschreibt man eine Ideologie.

Die hiesigen Ideologien halten wir für besser als jene eine dort. Wer deshalb die hiesigen in Frage stellt, läuft leicht Gefahr, als einer von dort verdächtigt zu werden, einer, der an östlichen Drähten hängt. Wenn man wie in Prag eine Mehrzahl von Parteien will, wird man verdächtigt, an westlichen Drähten zu hängen. Die Argumentation läuft gleich. Es ist Hans was Heiri. Und doch hält sich jeder für den Hans im Glück und versteht nicht, wie Heiri es aushält. Und das Glück darf nicht abhanden kommen. Das Glück ist der Status quo. Wer daran rührt, wird von Panzern besetzt; bei uns nur von Knüppeln geschlagen.

Wer einer Partei angehört, kennt wenigstens die Leute näher. Für ihn wird das Wählen einfach. Man sagt auch, die Parteien helfen ihren Leuten, geschäftlich und so. Parteien sind Steigbügel. Nur über sie kann sich einer aufs politische Ross schwingen und durch die Wahlgänge reiten, bis er das Amt erreicht, wo er arbeitend wirken kann.

Wer keiner Partei angehört, ist im Grunde politisch draussen. Aber draussen sind viele, man ist dort nicht allein. Solche, die ehrlicherweise sich keiner Partei verschreiben können, weil sie den Doktrinen und Ideologien misstrauen. Oppositionelle an sich, «kritische Elemente», wie man sie nennt und ungern sieht; die innere intellektuelle Emigration ist dort.

Sie wird bald nicht mehr dort sein.

Denn jetzt ist sie im Aufbruch.

Die Bewegung um das ETH-Gesetz zeigt es an, zum Beispiel. In Bern schreibt man ein altes Gesetz aus dem Jahre 1854 ab und gibt es guten Glaubens als ein neues Gesetz des Jahres 1968 aus. In Zürich erwachen über

der Lektüre die Studenten und ergreifen einhellig das Referendum. Demokratie kommt plötzlich in Aktion. Aber anders. So war man es nicht gewohnt. Die Sache will es, die Sache. Die Parteien geben zwar wie immer ihre Parolen aus. Doch kann sie jetzt nur mehr Nein lauten. Denn anders verliert man das Gesicht, und wer mag das schon.

Ein neues Gesetz soll *demokratisch*, das heisst von allen Kreisen, die es angeht, erarbeitet werden.

Der Gesetzgeber thront nicht mehr. Er setzt sich unter die Leute. Parteipolitik ist hier am Ende. Kabinette und geschlossene Gehäuse stürzen ein. Die Sache selbst setzt sich durch. Die intellektuelle Bewegung mit ihr.

Demokratie wird offen.

Wo sie offen ist, ist sie nicht weniger schwierig, aber wirksam.

Die verbrieftete Freiheit, mitzubestimmen, kommt ins Spiel.

4

Wann kommt sie nicht ins Spiel, diese Freiheit?

Bei uns doch immer, bei jedem Urnengang. Ja, ja – nein, nein. Ist das die ganze Freiheit? Zu verwerfen oder anzunehmen, mehr nicht?

Kann man über notwendige Dinge denn noch abstimmen? Über Formen und Modelle vielleicht, nicht über die Sache selbst. Und was ist nicht notwendig, worüber es heute abzustimmen gilt? Spitäler, Schulen, Altersheime, Strassen, Abwasserreinigungsanlagen – fraglose Notwendigkeiten. Projekte und Vorlagen können wir einsehen. Informationen werden uns ins Haus geschickt. Wir können uns ins Bild setzen.

Demokratie ist nicht schwierig.

Ein Gang zur Urne, und weiter nichts.

Ich sagte mir vor Jahren, eine Tiefbahn für Zürich ist notwendig, und stimmte ja.

Der Souverän sagte nein.

Die Tiefbahn schien ihm zu teuer. Was ihm damals zu teuer schien, bezahlt er jetzt. Das Verkehrschaos ist katastrophal. Man fährt und geht durch einen Irrgarten. Der Souverän flucht lautstark und beschuldigt die Behörden. Nichts wird gemacht, sagt er, und vergisst, dass er der Hindernde ist.

Was nun, wenn die Stadt souverän gehandelt hätte? Wenn sie jene Tiefbahn einfach gebaut hätte? Ich weiss, sie hat diese Freiheit nicht, ihr sind gesetzlich die Hände gebunden. Aber nehmen wir an, sie hätte das Notwendige tun können, wie sähe es dann heute aus? Dem Chaos wäre Stück



für Stück zu Leibe gerückt worden. Die Zustände auf den Strassen würden sich bessern. Eine andere Freiheit, eine ganz elementare, wäre wieder im Kommen: die Freiheit, sich zu bewegen. Und wer hätte den Nutzen davon? Die Neinsager von damals, der Souverän, wir, die vom Chaos Beherrschten.

Das darf indessen nicht sein. Eigenmacht über den Souverän hinweg, nein. Das wäre die reine Technokratie. Besser, der Entscheid des Souveräns bleibt heilig, und das Chaos auf den Strassen nimmt zu. Die Stadt leidet zwar an Zirkulationsstörungen; jedermann erfährt das. Es gibt Mittel, sie wenigstens zu lindern; Tafeln, Umleitungen, Einbahnstrassen; Verbote. Nehmen wir das alles auf uns. Es ist nicht leicht, voranzukommen, und vor allem, es kostet Zeit, viel Zeit. Die Zeit ist Geld, das weiss man; unser Geld, das vergisst man. Bringen wir das Zeitopfer, das Geldopfer. Bringen wir es für die Freiheit, die einmal an der Urne ausgeübte Freiheit. Und, was hat sie uns eingebracht, diese Freiheit? Sie hat die leibhaftige Unfreiheit beschleunigt.

Es wird schon seinen Sinn haben, pflegt man dann zu sagen. Wer weiss, was der Souverän hinter jener Tiefbahn gespürt hat?

Das Volk –: noch immer die Stimme Gottes?

In vielen Argumenten wirkt so etwas noch nach, unterirdisch. Als wüsste das Volk prophetisch, was ihm bekommt, jetzt und in der Zukunft.

Die Stimme des Volkes ist bei uns die Stimme eines bösen Mittelmasses. An ihm wird alles gemessen, «gut eidgenössisch». Der eigene Hag ist auch schon der ganze Horizont.

Jene Tiefbahn – ich will sie weiter nicht bemühen; sie stehe exemplarisch für ein Projekt, das über den Tag hinaus gereicht hätte. Sie war dem Souverän zu teuer. Alles, was das eingewohnte Mittelmass überschreitet: alles, was Zukunft hätte, ist ihm zu teuer.

Ich erinnere mich. Das Modell der Tiefbahn war in einem Schaukasten ausgestellt. Männer standen davor, sie verwarfen über den Millionen die Hände: Sind die verrückt! Ich sagte: Nein. Das muss kommen. Und die Männer: Wir werden dafür sorgen, dass das nicht kommt!

Das war zu einer Zeit, da man auf Plakaten Sprüche wie diesen lesen konnte: Sollen wir bezahlen, wovon unsere Nachkommen profitieren können? Es ging um die Finanzierung der Nationalstrassen. Man hatte an eine Benzinsteuern, an Strassenzölle gedacht. Benzinsteuern, Strassenzoll? Nie im Leben. Das war einmal. Der Staat soll bezahlen. Wir geben nichts für die, die nach uns kommen!

So dachte der Souverän. (Denkt er heute anders?)

Als wäre der Staat jemand anders.

Ich dachte immer, der Staat sind wir.

Die nachgekommen sind, gehen jetzt auf die Strasse.

Und der Souverän denkt: Knüppel aus dem Sack!

Das Parteitheater zieht nicht mehr.

Das Strassentheater scheint zu kommen. Aber Theater bleibt Theater, im Kabinett und auf der Strasse. Es ist nicht ausgemacht, dass es kritisch und verändernd wirkt.

Es wird zum Ritual, so oder so.

Dort, wo Ritual und Politik noch eines und wirksam sind, in der Landsgemeinde, bewundern wir die Urform der Demokratie. Wir bewundern sie als Folklore und sehen zu wenig, dass die moderne Landsgemeinde vor dem Bildschirm stattfindet. Die *grosse Landsgemeinde*, die zu einem dauernden Prozess werden muss. Hier fallen dann Entfremdungen zwischen «Staat» und «Volk», zwischen den Behörden und uns wie von selbst. Das Anonyme bekommt einen Namen und rückt in erfahrbare Nähe. Vorlagen und Modelle können anschaulich erörtert und dargelegt werden.

Aufklärung findet statt.

Einsichten können erweckt werden.

Beispielhaft in diesem Sinne war die Information über die Amnestie. Ein Bundesrat schickt jedem einen verständlichen Brief ins Haus. Er setzt sich vor die Kamera und beantwortet Fragen aus dem Volk. Ein jeder ist angerufen. Der *Bund*, der anonyme, abstrakte, bekommt ein Gesicht. Das Gesicht des verantwortlichen Mannes, der für eine Sache einsteht und sich stellt. Das war konkrete Politik.

Denn Politik bedeutet:

Einsichten schaffen in das, was für das Ganze notwendig ist, und dann das Notwendige gemeinschaftlich tun. Nur aus Einsicht kann der Souverän souverän entscheiden. Alles andere ist Mythe. Und Mythen führen zu Katastrophen.

Demokratie ist schwierig.

Denn sie ist die eine grosse Möglichkeit der Selbstorganisation und – der Selbstverwirklichung eines Volkes. Ein dauernder Prozess also. Ein Befragen und ein Verändern der konkreten Verhältnisse auf Zukunft hin. Austausch und Gespräch. Ein Anhören und Aufklären der Stimmen, nicht nur die sonntägliche Abgabe der Stimme.



Aber offenbar hat sich die Schweiz ein für allemal selbstverwirklicht, im vergangenen Jahrhundert. (Von dort bezieht man noch heute die «neuen» Gesetze.) Im gegenwärtigen Jahrhundert lebt sie nur technologisch, geistig kaum. Dabei fängt das neue Jahrhundert in dreissig Jahren bereits an.

Es ist möglich, dass sie das gegenwärtige noch erreicht mit der jungen intellektuellen Bewegung. Ihr ist Demokratie nicht die stille Sanktion einer Ameisenexistenz, der zwar Freiheiten verbrieft sind, die aber nicht wirksam werden. Sondern Demokratie ist ihr die eine Möglichkeit der menschlichen Entfaltung eines jeden in der Gesellschaft, ohne Ansehen seines «Standes». (So meinten es auch die Tschechen.)

Das Wort politisch hat jetzt einen genauen Sinn. Es heisst menschengerecht. Es meint den legitimen Anspruch des einzelnen an den Staat und an die Gesellschaft. Politik heisst – mitbestimmen. Es wird jetzt nichts mehr unbefragt hingenommen und als gegeben erachtet.

So wird Demokratie noch schwieriger. Aber nur so hat sie Zukunft, auch hierzulande.

Damit sind wir allerdings weit von Kiew. In Kiew wird zwar Vorgedrucktes gewählt wie in Zürich. Aber Gesetze zum Beispiel werden dort nicht gemeinschaftlich erarbeitet von denen, die es betrifft. Ein demokratischer Prozess ist dort nicht möglich. Verbrieft ist die Zensur, nicht die Freiheit wie bei uns. Nur tragen wir diese Freiheit zu oft wie einen alten Brief in der Tasche und nehmen ihn nur hervor, wenn im Osten irgendwo die Panzer auffahren. In Kiew haben sie nicht einmal diesen Brief in der Tasche. Sie möchten, was wir haben. Wir haben es aber nur, wenn wir es tun. Das heisst, die Freiheit ergreifen und mit ihr und aus ihr handeln.

Es wird über uns befunden und entschieden in dem Masse, wie wir es zulassen.

Demokratie, die schweizerische, das ist die direkte, ist die Probe aufs Exempel: wie weit es her ist mit dem mündigen Volk.

Demokratie, so verstanden, ist am schwierigsten.